welcher Ich überdies namentlich auch erwarte, daß sie das Reiten in wechselndem Gelände und die Ausbildung des einzelnen Reiters im Waffengebrauch immer mehr vervollkommnen und dem Felddienst ganz besondere Sorgsamkeit zuwenden wird.

Von bestimmendem Einfluß auf die Ausbildung der Truppen ist die Art und Weise der Besichtigungen. Ein Übermaß von Besichtigungen wirkt hemmend; wo der Zweck derselben ohne Anberaumung besonderer Besichtigungstage erreicht werden kann, muß dies der Zeitersparnis wegen geschehen. Kurz aufeinander folgende Besichtigungen desselben Dienstzweiges durch verschiedene Vorgesetzte sind durch rechtzeitiges Übereinkommen der letzteren zu vermeiden.

Die hiernach stattfindenden Besichtigungen müssen den einzelnen Dienstzweigen, je nach deren Bedeutung für die Kriegstüchtigkeit der Truppe, gerecht werden. Wird durch die Zeit und Art ihrer Abhaltung der Nachdruck einseitig auf Prüfung der formalen Ausbildung gelegt, so werden die Führer der besichtigten Truppen in der Vorbereitung der darüber hinaus liegenden Aufgaben irregeleitet und nach ihrer eigenen Leistungsfähigkeit nicht richtig beurteilt. Für die den höheren Truppenbefehlshabern gestatteten jährlichen Rundreisen durch die Garnisonen ihres Befehlsbereiches ist deshalb ein solcher Hauptzweck zu wählen, daß sie die kriegsmäßige Durchbildung der Truppen in den verschiedensten Richtungen zu prüfen vermögen. Aus den Mir zu erstattenden Berichten will Ich ersehen, daß die Besichtigungen in diesem Sinne stattgefunden haben.

Schließlich bestimme Ich, daß bei allen Besichtigungen des Gefechtsausbildung dem Führer von dem Besichtigenden die Aufgabe zu stellen, auch, soweit es die räumlichen Verhältnisse des Besichtigungsfeldes gestatten, der Feind zu markieren ist. Jeder Besichtigungstag muß ein wahrer Übungstag für die Truppe sein.

Das Kriegsministerium hat diese meine Willensmeinung zur Kenntnis der Armee zu bringen.

Berlin, den 31. März 1869.

Wilhelm.

An das Kriegsministerium.

— Dem Bundesrate ist ein Antrag zugegangen, der sich auf eine Abänderung der polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln bezieht.

Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die letzteren, soweit sie die in neuerer Zeit mit großem Vorteil vielfach angewandten, zum Teil hochgespannten Dampfkocheinrichtungen mit Wasserbädern, die Wasserdampfkochkessel, Menagekessel, Duplikatkessel und dergl. betreffen, nicht mehr ausreichend erscheinen. Derartige Kochkessel bilden nicht nur für die Massenverpflegung in Volks- und Arbeiterküchen sowie in Militär- und Gefängnisanstalten, sondern auch für den Fabrik- und sonstigen Gewerbebetrieb nützliche Vorrichtungen, indem sie die Gleichmäßigkeit des Kochens, die Unabhängigkeit des Anbrennens, die Erhaltung gewisser Temperaturen ꝛc. gewährleisten. Soweit dazu Wasserdampf durch Einwirkung von Feuer erzeugt wird, findet zur gegenwärtig auf denselben, mangels einer gewerbeordnungsmäßigen Konzession, die Vorschrift der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen des Bundesrats über die Anlegung von Dampfkesseln Anwendung nach welcher durch Anbringung eines offenen, in den Wasserraum hinabreichenden Standrohres von 8 cm Weite und nicht über 5 m Höhe den Anforderungen der Sicherung gegen Explosionsgefahr Genüge zu leisten ist. Die Gestattung einer Ausnahme hiervon ist nicht vorgesehen. Diese Bestimmung hat sich aber als drückend und für die wünschenswerte Verbreitung der in Rede stehenden Kessel stellenweise als hinderlich um deswillen erwiesen, weil ein Standrohr der vorgeschriebenen Art in vielen Fällen wegen der geringen Höhe der verfügbaren Räume oder wegen des großen Rohrdurchmessers für kleine Wasserräume, der notwendigen Auffangvorrichtungen für überfließendes Wasser u. dergl. m. nicht angebracht werden kann. Infolge dessen sind neuere Bestrebungen der Fachtechniker darauf gerichtet gewesen, für jenes Standrohr gleichwertige Sicherheitsvorrichtungen einzuführen, welche Erleichterung in Bezug auf Anlegung und Betrieb bieten und polizeilich unbedenklich zugelassen werden können. Diesem hervorgetretenen Bedürfnisse kann jedoch nur durch eine Abänderung der betreffenden Bestimmung abgeholfen werden und zu diesem Zwecke ist der oben erwähnte Antrag dem Bundesrate eingebracht. Zu demselben ist eine Ergänzung der Bestimmung durch Aufnahme der einzelnen bis jetzt vorgeschlagenen Sicherheitsvorrichtungen nicht vorgesehen, weil dadurch den fernerhin auftretenden technischen Neuerungen und den vielfachen Gebrauchszwecken der in Frage stehenden Apparate nicht genügend Rechnung getragen werden würde. Es ist vielmehr ein Zusatz zu der Bestimmung dahingehend vorgeschlagen, daß die Zentralbehörden der einzelnen Bundesstaaten befugt werden, in einzelnen Fällen von der Beachtung der auf Kochkessel bezüglichen, in den genannten allgemeinen polizeilichen Bestimmungen enthaltenen Vorschrift zu entbinden und auch andere von den Zentralbehörden genehmigte Sicherheitsvorschriften als ausreichend anzusehen sind.

— Die Notiz eines Berliner Blattes, daß der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten, v. Maybach, sein Entlassungsgesuch eingereicht habe, entbehrt, wie die „Nordd. Allg. Ztg." aus guter Quelle erfährt der Begründung.

— Dasselbe Organ schreibt: Unsere kürzlich über die Flagge des Hauptmanns Wißmann gegebene Erläuterung ist durch eine amtliche Meldung aus Sansibar inzwischen bestätigt worden. Dr. Wißmann hat am 4. d. M. auf dem Stationshaus der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft in Bagamoyo die Gesellschaftsflagge einfach herabnehmen lassen und seinen Wohnsitz durch die deutsche Handelsflagge kenntlich gemacht.

— Die amerikanischen Vertreter zur Samoa-Konferenz, die am 13. April in See gehen, wollen, wie man hört, über London reisen, können also hier um den 24. oder 25. April eintreffen. Man glaubt jetzt, die Konferenz könnte vielleicht bald nach Ostern eröffnet werden. Von der Ernennung eines amerikanischen Gesandten für Berlin hat neuerdings nichts verlautet. Nachdem der Senat geschlossen wurde, würde die Ernennung nur eine vorläufige sein. Daß der Präsident, wie einige englische Blätter vermuten, doch wieder Halstead bezeichnen wolle, gilt für zweifelhaft. Falls der Senat nach seiner Wiedereröffnung im Herbst oder Winter eine solche Bezeichnung nicht binnen zwölf Tagen genehmigt, ist sie von selbst hinfällig. Zu den Washingtoner Gerüchten, die der Aufklärung bedürfen, gehörte ein Telegramm, daß im vollständigen Wortlaut meldete, Amerika wolle von der von ihm erworbenen Kohlenstation von Pago-Pago auf der Insel Tutuila vor dem Ende der Samoa-Konferenz keinen Besitz ergreifen damit diese nicht daran scheitere. Amerika hatte indessen den Vertrag schon vor siebzehn Jahren abgeschlossen, und Deutschland niemals dagegen Einwände erhoben. Der Staatssekretär Graf Bismarck hatte das letztere noch in den ersten Tagen des vorigen Februar in einer Unterredung mit dem Berichterstatter des New-York Herald angedeutet, welche das hiesige ministerielle Blatt abgedruckt hat. Amerika soll übrigens eine Verständigung mit den andern beteiligten Staaten wegen Ausbesserung und Sicherstellung der Häfen der Samoa-Inseln ins Auge gefaßt haben, worüber näheres abzuwarten bleibt. Inzwischen hört man — schreibt die „Köln. Ztg." — Einzelheiten über die amerikanische Einladung zu der Konferenz in Washington wegen Sicherung der Seeschiffahrt, der „Internationalen Marine-Konferenz", die gerade jetzt Interesse haben. In einem Schreiben an die amerikanischen Gesandten im Auslande gegen Ende Februar hatte der Staatssekretär daran erinnert, daß die zuerst für den 17. April beabsichtigte Konferenz vertagt wurde, und jetzt, nachdem verschiedene Staaten noch ihre Zustimmung erteilt, am kommenden 16. Oktober zusammentreten solle. Angenommen haben Deutschland, England, Frankreich, Dänemark, Schweden, Brasilien, die Niederlande, Chili, Italien, Japan, Spanien, Costa Rica und mehrere andere überseeische Staaten. Einige haben auch schon ihre Vertreter ernannt. Amerika selbst hat eine Anzahl Vertreter bezeichnet, an deren Spitze sich ein Admiral und ein Schiffskommandant befinden. Diese sollen ein Programm beraten, das den Regierungen etwa zu Anfang Mai mitgeteilt werden soll. Auch andere Staaten werden auf der Konferenz wohl Vorschläge machen, die von den übrigen Vertretern zur Berichterstattung entgegengenommen werden sollen. Man erwartet von der Konferenz wichtige und praktische Ergebnisse für die Sicherung der Seewege.

— Das preußische Abgeordnetenhaus erledigte mehrere kleinere Gesetzesvorlagen und beschäftigte sich sodann mit Petitionen, die größtenteils im Sinne der vorliegenden Kommissionsbeschlüsse erledigt wurden; die nächste Sitzung behufs Erledigung von Kommissionsberichten findet Dienstag statt.

— Die Osterferien des preußischen Abgeordnetenhauses beginnen am 10. d. M.

ϕϕ Weimar, 8. April. Am Großherzogl. Hofe ward heute der Geburtstag Ihrer Königl. Hoheit der Frau Großherzogin gefeiert. Mit Rücksicht auf die schwere Erkrankung des Bruders der Frau Großherzogin, des Königs der Niederlande, unterblieben die sonst stattfindenden Empfänge. Die Feier beschränkte sich auf den Kreis der Großherzogl. Familie. — Der Landtag hat sich am Sonnabend vertagt. Den letzten Beratungsgegenstand bildete das sogen. Steuergesetz. Der Antrag auf eine Entlastung der Gemeinden dadurch, daß ihnen ein Drittel der alten Grundsteuer zurückgegeben werde, wurde von dem Antragsteller zurückgezogen. Der Landtag nahm darauf das Steuergesetz sowie den von der Regierung vorgeschlagenen Steuerzuschlag in Höhe von 0,2 vom Hundert an.

Luxemburg, 8. April. In der Abgeordnetenkammer verlas heute der Staatsminister Eyschen eine Botschaft des Herzogs Adolf von Nassau, in welcher derselbe sich bereit erklärt, gemäß den Bestimmungen der Verfassung und der Hausgesetze die Regentschaft des Landes zu übernehmen. Die Kammer beschloß, in den Abteilungen zusammenzutreten, um eine Prüfung der in Frage kommenden Aktenstücke vorzunehmen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung der Kammer verlas der Vorsitzende folgende Erklärung: „Die Abgeordnetenkammer stellt aus den vorgelegten Dokumenten fest, daß der König regierungsunfähig ist, daß gemäß der Verfassung eine Regentschaft notwendig ist, sowie daß nach dem Familienvertrage die Regentschaft rechtlich dem Herzog von Nassau zufällt, und sie erklärt sich bereit, den verfassungsmäßigen Eid des Herzogs entgegenzunehmen". Da niemand das Wort begehrte, wurde zur namentlichen Abstimmung geschritten. Die Erklärung wurde einstimmig gut geheißen. Der Vorsitzende verlas darauf folgende Erklärung, welche die Kammer stehend entgegennahm: „Die Kammer schließt sich den von der Regierung ausgedrückten Gefühlen an und bedauert, in die grausame Notwendigkeit versetzt zu sein, die oben votierte Maßregel treffen zu müssen einem Fürsten gegenüber, dessen Herrschaft vierzig Jahre gedauert und dem Lande Jahre des Gedeihens, des Glücks und der Freiheit verschafft hat." Sodann benachrichtigte der Staatsminister Eyschen die Kammer, daß der Regent nächsten Donnerstag den Eid abzulegen wünsche. Die nächste Sitzung der Kammer wurde darauf auf kommenden Donnerstag festgesetzt. — Das gesamte luxemburgische Ministerium wird morgen dem Regenten bis zur Landesgrenze entgegenfahren.

Wien, 8. April. Die Auszeichnung des diesseitigen Gesandten in Belgrad, Herrn v. Hengelmüller, welchem das Groß-Kreuz des Franz-Josefs-Ordens verliehen wurde, verdient Beachtung. Sie bildet eine sichtbare Ablehnung jener Anschauungen, wonach Herr v. Hengelmüller an den angeblichen „Mißerfolgen" unserer Politik in Serbien schuld sei, sie spricht es aber auch aus, daß Österreich-Ungarn von dem dort eingetretenen Wandel der Dinge nichts besorgen zu dürfen glaubt. — Heute tagen beide Häuser des Reichsrates. Das Herrenhaus beschäftigt sich mit der Wehrvorlage, welche in dieser Körperschaft keinem Widerstand begegnet, doch werden von tschechischer Seite nationale Zugeständnisse auf Kosten der Heereseinheit und der deutschen Heeresprache versucht. Wie das „Fremdenblatt" halbamtlich meldet, findet eine Nachtagung des Reichsrates nach Ostern statt. Die Frage ist nur: wird diese Nachsession die erwartete Schulvorlage bringen? — Wie zu erwarten stand, ist der böhmische verfassungstreue Großgrundbesitz entschlossen, gegenüber der ihm tschechischerseits gemachten Kompromißanerbietungen nur im Einverständnisse mit den übrigen deutschen Landtagsabgeordneten vorzugehen. Gestern wurde in Prag eine Sitzung des Wahlkomitees des verfassungstreuen Großgrundbesitzes abgehalten und in derselben beschlossen, eine Versammlung sämtlicher Wähler des Großgrundbesitzes einzuberufen. Als leitender Grundsatz wurde die Übereinstimmung mit den übrigen Landtagsabgeordneten bezeichnet.

— 9. April. Das Herrenhaus nahm gestern die Wehrvorlage einstimmig an. Da die von der Kommission fallengelassene Resolution Wattusch (sprachliche Erleichterung für nichtdeutsche Prüfungskandidaten) von der Rechten nicht wieder aufgenommen wurde, entfiel auch die von Schmerling erwartete Erklärung; dagegen betonte Schoenburg (verfassungstreu), daß seine Partei das Wehrgesetz der gemeinsamen Regierung bewillige, deren Verdienste um die Erhaltung des Friedens er dankbar anerkenne. Prinz Liechtenstein bewilligte das Wehrgesetz, damit Österreich im Bündnisse mit Deutschland als gleichwertiger Faktor bestehe und nicht durch geringere militärische Leistungsfähigkeit zu demselben in Abhängigkeit gerate. Generalstabschef Beck trat für das Gesetz vom militärischen Standpunkte ein. Preußens auf breitester Grundlage eingerichtete allgemeine Wehrpflicht habe ihm 1870—71 seine ruhmvollen Siege über die weniger einheitlich organisierte französische Wehrmacht erringen helfen. Bemerkenswert war des Redners scharfe Verurteilung der in Ungarn zu Tage getretenen Bestrebungen nach Nationalisierung beziehungsweise Zweiteilung der Armee, welche Redner als einen politischen Selbstmord bezeichnet. Randa (Tschechе), Lobkowitz (böhmisch-feudal) betonten die Sprachenfrage bei den Prüfungen der Reserveoffiziere; letzterer streifte auch die Überweisung des Mittelschulwesens in die Zuständigkeit der Landtage. Minister Welsersheimb antwortete, daß sowohl von der Unterrichtsverwaltung den Einjährigen thunlichste Begünstigungen gewährt werden, als von der Heeresverwaltung Sorge getragen werde, daß bei den Prüfungen mehr auf praktisches Können als auf theoretisches Wissen Gewicht gelegt würde. Bei der Zusammensetzung der Prüfungskommissionen werden ebenso wie zu Instruktoren Offiziere verwendet werden, welche der Muttersprache der Einjährigen mächtig sind. Welsersheimb paßte also heute seine Erklärungen vollkommen denjenigen an, welche Fejervary im ungarischen Reichstage abgegeben.

* Buda-Pest, 7. April. (P. C.) Durch die bedeutsame gehaltreiche Rede, welche Graf Julius Andrassy im Magnatenhause zum Wehrgesetze gehalten hat, wurde der im Erlöschen begriffenen Thätigkeit der Opposition gegen diese Vorlage sozusagen der Gnadenstoß versetzt. Insbesondere war es der vom Grafen Andrassy erbrachte Nachweis, daß Deák, sowie er selbst (Andrassy) niemals daran gedacht haben, gegenüber der Gemeinsamkeit des Heeres weitere Zugeständnisse in Bezug auf die dualistische Gestaltung der Monarchie zu fordern, welcher in den Reihen der Opposition eine niederschmetternde Wirkung hervorgebracht. Hatten doch die Anhänger des Grafen Apponyi während des ganzen Verlaufs der Debatte über das Wehrgesetz die entgegengesetzte Behauptung aufgestellt und unausgesetzt von ehemaligen Absichten Deaks und Julius Andrassys der bezeichneten Art gefabelt. Nachdem diese Behauptung, die mit solcher Beharrlichkeit wiederholt worden war, daß sie schließlich vielfach Glauben fand, von berufenster Seite widerlegt worden ist, wird wohl niemand mehr mit ähnlichen Andeutungen hervorzutreten wagen, um den Standpunkt Tiszas in der Armeefrage dadurch in eine ungünstige Beleuchtung zu rücken. Es bleibt den Herren von der Opposition angesichts dessen nichts übrig, als in der ganzen Wehrfrage den Rückzug anzutreten, eine Wandlung, die sich denn auch bereits in der Presse dieser Partei zu vollziehen beginnt — Die in überaus befriedigender Weise durchgeführte Umgestaltung des Kabinetts Tisza bedeutet gleichfalls einen schweren Schlag für die Opposition. Daß die Ergänzung, welche das Kabinett soeben erfährt, gleichzeitig eine wesentliche Kräftigung seiner Stellung in sich schließt, wird selbst unter den Gegnern der Regierung kein Besonnener zu bestreiten wagen. Durch den Eintritt des Dr. Wickerle des Grafen Szapáry und des Prof. Szilagyi in das Kabinett erfährt dasselbe eine schwer ins Gewicht fallende moralische Stärkung und durch die hervorragende Begabung dieser Persönlichkeiten wird der Nimbus des Kabinetts erhöht. Dem auf diese Weise neugestalteten Ministerium Tisza gegenüber wird selbst der ehrliche loyale Kampf keine allzu leichte Sache sein; vollends aber illoyale Angriffe und eine unritterliche Kampfart werden für die Zukunft dieser Regierung gegenüber sich wohl als aussichtslos erweisen.

* Paris, 8 April. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Antoine hat den gestrigen Tag wieder einmal benutzt, um eine seiner stereotypen Reden zu halten. Bei einem in Paris stattgehabten Festmahl von Elsaß-Lothringern in Saint Mande sagte er, er sei nach Frankreich gekommen, um die Wiedervereinigung aller Parteien anzuempfehlen. Eine derartige Politik sei schon in den verschiedensten Städten, die er besucht habe, beifällig aufgenommen worden. Er beabsichtige noch andere Städte zu besuchen, insbesondere Marseille, Lyon, Sainte Etienne und Nantes. Auch Präsident Carnot, der gestern die Arbeiten des neuen Saint Lazare-Bahnhofs besichtigte, hielt eine Rede. Er sagte in Erwiderung auf eine Ansprache: „Frankreich ist ein Land der Arbeit. Es ist zugleich ein Land der ehrlichen Leute. Trotz der Schmähungen einiger Unzufriedenen und Ehrgeizigen ist seine Regierung eine solche der Ordnung und Ehrlichkeit; sie wird, zweifeln Sie nicht daran, unsere Einrichtungen gegen alle Angriffe zu verteidigen und das Banner der Republik hoch und fest zu halten wissen." — Der Senator Marquis Monicaut Fezensac erklärt, wie schon erwähnt, in einem Briefe an den Vorsitzenden des Senats, er werde an den Gerichtsverhandlungen des Senats nicht teilnehmen, da er das Verfahren für ein rechtswidriges halte. Viele Senatoren der Rechten dürften diesem Beispiele folgen. — Aus Anlaß der Anwesenheit der boulangistischen Führer in Rouen fanden dort gestern große Straßenprügeleien statt, so daß schließlich Militär einschreiten mußte. Der Pöbel brach in das Redaktionslokal des „Petit Rouennais" ein, prügelte die Drucker durch und warf einen Wagen des Blattes in die Seine. — In seinem gestrigen Reden wie in ihrer Presse stellen die Boulangisten die freche Behauptung auf, der Minister des Auswärtigen, Spuller, habe Deutschland veranlaßt, in Brüssel einen Druck bezüglich der Ausweisung Boulangers auszuüben. Die belgische Regierung soll Boulanger gewarnt haben, er möge sie nicht durch eine geräuschvolle politische Agitation zwingen, ihn auszuweisen. Andererseits meldet der „Mot d'Ordre", Boulanger sei bereits ausgewiesen und reise morgen nach Brighton ab, wo eine Wohnung für ihn telegraphisch bestellt sei. Boulanger selbst, gestern befragt, wohin er sich im Fall der Ausweisung wenden würde, erwiderte, er wisse das noch nicht; keinesfalls würde er Deutschland betreten. Diese Antwort ist

---

K. Hoftheater. — Altstadt. — Am 8. April: „Egmont." Trauerspiel in 5 Akten von Goethe, die Ouverture und die übrige Musik von Beethoven.

Diese Vorführung der herrlichen Dichtung aus Goethes erster Periode, die seit langer Zeit schon durch eine würdige, meistens prachtvolle und geschmackseine Ausstattung auch das Auge des Publikums erfreut, hat in einem Hauptpunkte schauspielerisch eine Hebung erfahren. Sie erstreckt sich auf die Titelrolle, welche von Hrn. v. d. Osten gleich zunächst beim Antritt des Künstlers zu naturalistisch aufgefaßt wurde, den vornehmen Adel der ritterlich poetischen Erscheinung des Goetheschen Egmont entbehrte und nicht vom genannten Schauspieler mit jener Redekunst gesprochen werden konnte, welche diese entzückende Prosasprache verlangt. Dieser letztere Mangel hat sich jetzt sehr verringert; der energische Fleiß hat den Darsteller nicht im Stiche gelassen, er war bei seinen Fortschritten entschieden glücklich, beiläufig bemerkt glücklicher als im Marquis Posa. Das ungewöhnlich schwierige Gespräch mit dem Geheimschreiber und die große Scene mit Oranien zeigten eine überraschende Steigerung durch das Studium, und dieser geistige Höhenpunkt des Dramas wurde durch Hrn. Porths Ausführung der genannten Gegenrolle — eine Arbeit, die lange schon trefflich war — zu einem Genuß für den Hörer. Den Besuch bei Alba und den tragischen Teil des Stückes abzuwarten, war ich verhindert.

Recht erwünscht wäre es aber, für den armen Machiavell etwas zu thun. Hr. Georgi läßt es an sorglichen Mühen nicht fehlen, doch er ist nicht im mindesten im stande, dieser Rolle gerecht zu werden, welche geistige Feinheit und den Zauber einer ruhevoll beredten Sprache, im Spiel aber den zurückhaltenden, vornehm empfindenden Hofmann verlangt. Die Mattigkeit und Gewöhnlichkeit der jetzigen Leistung lähmt auch Frl. Ulrich als Margaretha; und dabei kommt doch soviel darauf an, daß die zwei großen Scenen zwischen diesen Personen möglichst vorzüglich dargestellt werden, um so mehr, da sie alles dramatischen Lebens entbehren und nur der Betrachtung, der Beleuchtung von Inhalt und Triebwerk des Stückes gewidmet sind.

Die Klärchenrolle war Frl. Politz zum Antritt zugefallen. Ihr Äußeres, welches das von der Dichtung gezeichnete, von allen Kennern derselben vorausgesetzte typisch germanische Element dieser kräftigen niederländischen Volksgestalt schuldig bleibt, paßt allerdings für Goethes Klärchen nicht. Abgesehen von dieser Störung entwickelte aber die eifrige Darstellerin viel linge Geschicklichkeit, viel Leben und Frische bei der Auffassung und Ausführung des liebenden Mädchens. Dieser Eifer, diese Spannkraft waren lobenswert und nicht ohne günstigen Erfolg. O. B.

+ Konzert. Montag, den 8. d. Mts. fand in der evang. Hofkirche zum Besten eines zu begründenden Kinderheims für arme verlassene Kinder ein Konzert statt, dessen zahlreicher Besuch den humanen Zweck sehr wirksam berücksichtigte. An der Ausführung des allzu gedehnten Programms beteiligten sich Frl. Malten und Hr. Gudehus mit der künstlerisch ausgezeichneten und den musikalischen Genuß des Abends erhöhenden Wiedergabe einiger Arien von Stradella und Mendelssohn, ferner Hr. Musikdirektor C. A. Fischer, der eine Fuge (E-moll) von Bach mit Stilgefühl und ungemeiner Sicherheit in der technischen Behandlung vortrug, Hr. Kammermusikus Böckmann, dessen fertiges von musikalischer Empfindung getragenes Spiel in Locatellis „Air" zu bester Geltung kam, der evangelische Hofkirchenchor unter Leitung des Hrn. Hofkantor Klinger und die Kammermusiker Fricke, Schulze, Gölsert, Bruns und Heymann. Die sorgfältig geschulten Sänger, deren stimmliche Frische angenehm hervortrat, brachten eine weihevolle, mit polyphonem Geschick gearbeitete, sehr ansprechende Kantate von Janssen trefflich zu Gehör und wirkten außerdem, gleich den genannten Bläsern der königl. Kapelle bei der Ausführung von C. A. Fischers „Weihnacht" mit bestem Gelingen mit.

Deutscher Geographentag. Von dem am 24. bis 26. April in Berlin stattfindenden achten deutschen Geographentage liegt nunmehr eine vorläufige Tagesordnung vor. Demgemäß werden nach der feierlichen Eröffnung der Versammlung durch den Ehrenpräsidenten, Minister v. Goßler, in der ersten Sitzung sprechen: Dr. von den Steinen über Erfahrungen zur Entwickelungsgeschichte der Völkergedanken und geh. Admiralitätsrat Dr. Neumayer über das gegenwärtig vorliegende Material für erd- und weltmagnetische Forschung. In der zweiten Sitzung wird der Vorsitzende der Zentralkommission für wissenschaftliche Landeskunde von Deutschland, Prof. Dr. Kirchhoff, einen Bericht erstatten, Prof. Dr. Supan über landeskundliche Litteratur und Prof. Dr. Richter über Vorschläge zu einer sachgemäßen Stoff- und Arbeitsverteilung unter den deutschen geographischen Zeitschriften handeln. In der dritten Sitzung werden vortragen: Prof Dr. Penck über das Endziel der Erosion und Denudation, Prof. Dr. Brückner über die Konstanz des heutigen Klimas, Prof. Dr. Partsch über Klimaschwankungen in den Mittelmeerländern, Dr. Goetz über die dauernde Abnahme fließenden Wassers auf dem Festlande, Prof. Dr. Günther über die Lehre von den klimatischen Schwankungen bei den Forschern des 18. Jahrhunderts; in der vierten Sitzung: Dr. Wahnschaffe über die Bedeutung des Baltischen Höhenrückens für die Eiszeit, Dr. A. Schenk über Glacialerscheinungen in Südafrika, Dr. v Drygalski über die Bewegungen der Kontinente zur Eiszeit und ihren Zusammenhang mit den Wärmeschwankungen der Erdrinde, Dr. Hoß-Linder über Verwertung der Schulausflüge, Prof. Dr. Penck über die Notwendigkeit geographischer Bilderzammlungen; in der fünften Sitzung Prof. Dr. Reyer über Typen der Eruptivmassen und Gebirgstypen, Prof. Dr. Jordan über Methoden und Ziele der Höhenmessung, Dr. A. Boehm über die Genauigkeit orometrischer Maßberechnungen und Prof. Dr. A. Credner über die Ursachen der unperiodischen Wasserstandsveränderungen in der Ostsee. — An die Sitzungen werden sich wissenschaftliche Ausflüge nach Rüdersdorf und in die Uckermark anschließen.

Medizin. Das nordische Inselreich beginnt auch auf dem Gebiete der Medizin eine hervorragende Stellung einzunehmen. Das Kennzeichnende in der Bewegung, welche in Schweden und Norwegen unter den praktischen Ärzten sich immer mehr Bahn bricht und auch in anderen Ländern Europas, besonders aber in Deutschland immer mehr Beachtung findet, ist die mechanische Behandlungsmethode bei